

# Positivspirale von Angebot und Nachfrage

Weil Strukturreformen das Wachstum nur mittelfristig stärken, müssen staatliche Investitionen für Nachfragedynamik und gute Angebotsbedingungen sorgen

Die volkswirtschaftliche Forschung in Deutschland hat im Lauf der letzten Jahre im internationalen Wettbewerb stark aufgeholt. In vielen Bereichen spielt sie mittlerweile sogar in der Spitzengruppe mit – ganz entgegen der Behauptung von Olaf Storbeck in seinem Kommentar vom 28. September. Publikationen deutscher Ökonomen in Spiel- und Kontrakttheorie, in Behavioral Economics ebenso wie in angewandter Industrieökonomie und Finanzwissenschaft finden weltweite Beachtung. Junge deutsche Ökonomen sind auf internationalen Konferenzen mit hoch qualifizierten Beiträgen zahlreich vertreten. Die Einführung von Graduiertenkollegs mit einer gut strukturierten Doktorandenausbildung an einer ganzen Reihe volkswirtschaftlicher Fakultäten hat sich als enorm erfolgreich erwiesen.

Auch im Bereich der Makroökonomie ist dieser Trend unverkennbar: Auf der jüngsten Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden beschäftigten sich ungewöhnlich viele Arbeiten mit der neuen keynesianischen Makroökonomie. Diese moderne Theorie verbindet in einem dynamischen Modellrahmen aktive Nachfragesteuerung mit der langfristigen Angebotsperspektive. Sie weist nach, dass Geld- und

Fiskalpolitik zur Stabilisierung von Konjunkturschwankungen beitragen können und sollten.

Die öffentliche Diskussion in Deutschland scheint dagegen fixiert zu sein auf die Forderung nach harten Einschnitten zur Verbesserung der Angebotsseite. Während in den USA Geld- und Fiskalpolitik massiv zur Nachfragestimulierung eingesetzt werden, werden in Europa unter dem Damoklesschwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts drastische Konsolidierungsmaßnahmen als bittere Medizin verschrieben. Die Folge: Aus Angst vor einschneidenden Reformen flüchten die Verbraucher in Deutschland immer stärker in eine Konsumblockade. Erweist sich die Fixierung auf Konsolidierung und Strukturreform als verhängnisvoller Fehler?

Das Problem lässt sich nicht auf einen Konflikt zwischen Angebots- und Nachfragepolitik reduzieren. Es wäre fatal, wenn jetzt, da mit Hartz IV endlich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung zur Reform des deutschen Sozialsystems eingeleitet wurde, dieser Prozess der Strukturreformen abgebrochen würde. Aber ebenso wäre es naiv, von den Reformschritten eine rasche Erholung der deutschen Wirtschaft zu erwarten. Maßnahmen zur Verbesserung von Ange-



Gerhard Illing  
lehrt  
Volkswirtschaft  
an der  
Ludwig-Maximilians-  
Universität  
in München.

botsbedingungen stimulieren erst mittel- bis langfristig das Wachstum; auf kurze Sicht wirken sie sich zunächst kontraktiv aus. Die Erfahrung in vielen Ländern lehrt, dass Strukturreformen meist nur dann Erfolg hatten, wenn sie in der Anfangsphase von expansiven Faktoren begleitet wurden. So wurde die erfolgreiche Haushaltssanierung in Kanada seit 1995 durch eine dramatische Abwertung des kanadischen Dollars um gut 20 Prozent erleichtert, die dort einen Boom der Exporte in die USA auslöste. Geschickte Nachfragestimulierung kann eine solche Entwicklung zwar nicht eigenständig erzeugen; sie kann aber zu einer Aufbruchstimmung beitragen, die der momentanen Verunsicherung entgegenwirkt.

Ein gewichtiger Einwand gegen den Einsatz von Fiskalpolitik stammt aus der Politökonomie:

Das Versprechen, konjunkturell bedingte Verschuldung in guten Zeiten abzubauen, wird allzu häufig nicht eingehalten. Jeder Versuch, in Boomzeiten Anstrengungen zur Konsolidierung einzuleiten, stößt auf erbitterte Widerstände unterschiedlichster Interessengruppen.

Moderne Forschung zeigt jedoch, dass vernünftige Regeln dieses Problem in den Griff bekommen können: Unabhängige Zentralbanken, die einer transparenten Regelbindung unterworfen sind, garantieren eine erfolgreiche Stabilisierung bei hinreichender Flexibilität. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt war ein Versuch, solch eine Regelbindung auch in der Fiskalpolitik durchzusetzen. Eine starre Interpretation verhindert aber die notwendige Flexibilität. Paradoxerweise können Ausweichklauseln die Glaubwürdigkeit einer Regelbindung durchaus stärken.

Die starrsinnige Fixierung auf ausgeglichene Haushalte erweist sich als fatale Fehlentwicklung, weil bislang überwiegend die Investitionen gekürzt wurden. Es spricht viel dafür, öffentliche Investitionen aus der Berechnung des Defizits herauszunehmen. Solche Investitionen stärken zum einen die Nachfrageseite, zum anderen sind sie auch ein zentraler Pfeiler guter Angebotsbedingungen.

Seit Anfang der 70er-Jahre sind aber im gesamten Euro-Raum die staatlichen Bruttoinvestitionen von 4 Prozent des BIP auf heute weniger als 2,5 Prozent gesunken. Besonders stark (um 0,8 Prozentpunkte) fielen sie in der Vorbereitung auf den Euro zwischen 1993 und 1998. In Deutschland sind die Nettoinvestitionen des Staates mittlerweile sogar negativ geworden. Auch der Anteil der Ausgaben für Bildung in Schulen und Hochschulen ist bei uns von 4,2 Prozent im Jahre 1975 auf heute nur mehr 3,2 Prozent gesunken. Clevere Politik sollte glaubwürdige langfristige Konsolidierung mit Stimulierung öffentlicher Investitionen kombinieren, um Strukturreformen abzusichern.

Der Schlüssel für eine aktive Politik liegt also bei den investiven Staatsausgaben. Werden die Strukturreformen weiterhin konsequent fortgeführt, gleichzeitig aber auch die langfristigen Investitionen stimuliert, dann könnte sich in Deutschland eine positive Spirale von Angebot und Nachfrage entfalten, die endlich die dringend erforderliche Wachstumsdynamik entfesselt. Weitere Kürzungen würden dagegen eine negative Abwärtsspirale in Gang setzen mit der unvermeidlichen Konsequenz, dass Deutschland nicht nur als Wissenschaftsstandort den Anschluss an die internationale Spitze tatsächlich verlieren würde.

# Auf Christiansen-Niveau

Von OLAF STORBECK

Der Grandseigneur der neoklassischen Wachstumstheorie, Robert Solow, hat seinen deutschen Ökonomen-Kollegen jüngst ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt: „Offensichtlich können sich die meisten deutschen Ökonomen nicht zwei Dinge auf einmal vorstellen“, lästerte er mit Blick auf die fast ausschließlich angebotsorientierte Argumentation der führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler. „Es gibt nun mal zwei Seiten“, sagte Solow – selbstverständlich die Angebotsseite, aber eben auch die Nachfrageseite.

Dass sich ein Ökonomie-Nobelpreisträger gezwungen sieht, seinen deutschen Kollegen die elementarsten Grundlagen des Fachs in Erinnerung zu rufen, sagt alles über den Zustand des Fachs in Deutschland: Die deutsche Volkswirtschaftslehre (VWL), deren Top-Personal sich bis Freitag bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden ein Stellchen gibt, steckt in einer tiefen Krise – und das ausgerechnet in der Stunde, in der das Land fachkundigen ökonomischen Rat so dringend braucht wie selten zuvor.

Problem Nummer eins: Wissenschaftlich hat der VWL-Standort Deutschland schon vor Jahren den Anschluss an die internationale Spitzenforschung verloren. Anders als Kollegen aus Frankreich oder der Schweiz sind deutsche Experten in den Bestenlisten der weltweit meistzitierten Ökonomen so gut wie nicht vertreten.

Problem Nummer zwei: Die Ausbildung der Studenten ist, vor einigen wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, in der Breite

bestenfalls Mittelmaß – und an den Massenunis mit ihren Di-Mi-Do-Professoren, die sich bestenfalls an drei Wochentagen in die Unis schleppen, meist nicht einmal das. Eine systematische Doktoranden-Ausbildung findet fast nirgendwo statt. Wer als Ökonom wissenschaftliche Karriere machen will, ist in Deutschland gezwungen, zwei dicke Bücher zu schreiben – Doktorarbeit und Habilitation. Der akademische Nachwuchs wird dadurch massiv behindert, in den produktivsten Jahren an vorderster Forschungsfront mitzuspielen. Kurzum: Wer als Volkswirt eine wissenschaftliche Karriere erwägt, tut gut daran, dieses Land so schnell wie möglich zu verlassen.

Problem Nummer drei: Die ökonomische Politikberatung in Deutschland ist weitgehend auf dem Diskussionsstand der frühen achtziger Jahre stehen geblieben – und fokussiert sich ausschließlich auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen. Zugegeben: Dass der ökonomische Mainstream – anders als in den USA – in Deutschland auf dem Nachfrage-Auge blind ist, liegt auch daran, dass sich hier zu Lande die Angebotsbedingungen in den achtziger und neunziger Jahren eher verschlechtert haben. Daher ist der Ruf nach Strukturreformen in Deutschland auch fast 30 Jahre nach Erfindung der Angebotspolitik hochaktuell. Nur: Die führenden Politikberater der Zukunft scheinen von der Angst getrieben, dass der Politik die ohnehin nur schwache Lust an angebotsorientierten Reformen in dem Moment vergeht, in dem das N-Wort in die De-

batte eingeführt wird. Mit der Agenda 2010 – die ohne Frage nur einen Teil der nötigen Reformen auf der Angebotsseite anpackt – ist die Politik dem einseitigen Rat der Professoren gefolgt. Die Quittung bekommt das Land derzeit: Trotz des globalen Aufschwungs liegt die Binnenkonjunktur am Boden.

Problem Nummer vier: Viele deutsche Ökonomen haben die Neigung, jede Fragestellung stets so grundsätzlich wie möglich anzugehen – mit der Folge, weltfremde Maximalpositionen zu vertreten. Ein Beispiel dafür ist die Linie des Sachverständigenrats in Bezug auf den Stabilitätspakt: Mit seiner Fundamentalopposition gegen jegliche Reformen hat sich der Rat aus der aktuellen Debatte im Grunde verabschiedet. Statt die nicht mehr aufzuhaltende Runderneuerung des Paktes mitzugestalten, verteidigt er eine längst verlorene Position weiter – bis zur letzten Patrone.

Problem Nummer fünf: Das öffentliche Auftreten der führenden Volkswirte verhält sich umgekehrt proportional zu all diesen Problemen des Fachs. Manche Promi-Professoren erwecken in TV-Interviews gerne den Eindruck, sie hätten in drei Sätzen die Lösung für alle Probleme des Standorts parat. Zudem haben auch renommierte Vertreter der Zunft jede Hemmung verloren, ihre an sich richtigen Punkte so sehr zuzuspitzen, dass die Argumentation holzschnittartig und phrasenhaft wird. Diese VWL auf Sabine-Christiansen-Niveau beschert ihren Protagonisten eine erstaunliche Medienpräsenz. Der Sache aber dient sie nicht – im Gegenteil.